

Der US-Journalist Chris Hedges begründet das nach Artikel 51 der UN-Charta "naturgegebene Recht" der Palästinenser auf Selbstverteidigung.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 122/14 – 11.08.14**

Das Recht der Palästinenser auf Selbstverteidigung

Von Chris Hedges
truthdig, 23.07.14

(http://www.truthdig.com/report/item/the_palestinians_right_to_self-defense_20140723)

Wenn Israel wie die bosnischen Serben in Sarajevo (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Bosnienkrieg>) hochtechnisierte Kriegswaffen gegen eine wehrlose Zivilbevölkerung einsetzt, dann hat die angegriffene Zivilbevölkerung nach Art. 51 der UN-Charta (s. http://www.un.org/depts/german/un_charta/charta.pdf) das naturgegebene Recht zur Selbstverteidigung. Die internationale Gemeinschaft muss entweder sofort eingreifen, um die israelischen Angriffe zu stoppen und die Blockade Gazas zu beenden, oder sie muss das Recht der Palästinenser anerkennen, sich selbst mit Waffen zu verteidigen.

Kein Staat der Welt, einschließlich der islamischen Staaten, scheint dazu bereit zu sein, die Palästinenser zu schützen. Keine Organisation der Welt, einschließlich der Vereinten Nationen, scheint bereit oder fähig zu sein, Israel durch Sanktionen unter Druck zu setzen, damit es sich an die Normen des Völkerrechts hält. Und je länger die Weltgemeinschaft zögert, einzugreifen, desto schneller wird sich die Spirale der Gewalt drehen.

Israel hat nicht das Recht, 1.000-Pound-Splitterbomben auf Gaza abzuwerfen. Es hat auch nicht das Recht, Gaza mit schwerer Artillerie und Schiffsgeschützen zu beschießen. Es hat nicht das Recht, mit motorisierten Bodentruppen in Gaza einzufallen und dort Krankenhäuser [s. <http://www.washingtonpost.com/blogs/worldviews/wp/2014/07/22/in-the-fight-between-israel-and-hamas-gazas-hospitals-are-in-the-middle/>], Schulen und Moscheen oder die Versorgungssysteme für Wasser und Strom zu zerstören. Es hat auch nicht das Recht, mehr als 100.000 Menschen aus ihren Häusern zu vertreiben. Die komplette Kontrolle, die Israel zu Lande, zu Wasser und in der Luft über Gaza ausübt, ist völkerrechtswidrig.

Gewalt ist auch dann, wenn sie zur Selbstverteidigung ausgeübt wird, ein Fluch. Sie verschafft den Skrupellosen die Macht zur Unterdrückung der Wehrlosen. Sie hinterlässt schreckliche emotionale und physische Narben. Während des Bosnien-Krieges in den 1990er Jahren habe ich in Sarajevo aber lernen müssen: Wenn du von Streitkräften angegriffen wirst, die dich vernichten wollen, und niemand dir zur Hilfe kommt, musst du dich selbst verteidigen. Als Sarajevo im Sommer 1995 täglich von 2.000 Granaten getroffen und ständig von Scharfschützen unter Feuer genommen wurde, konnte ich keinem der leidenden Bosnier mit gewaltlosem Widerstand kommen. Keiner von ihnen hielt das Waffenembargo, das die UNO der bosnischen Regierung auferlegt hatte, angesichts des ständigen Beschusses durch Scharfschützen und angesichts der 90-mm-Panzergranaten und 155-mm-Haubitzgranaten, die Tag und Nacht auf die Stadt niedergingen, für angebracht. Die Bosnier konnten – wie die Palästinenser in Gaza – nur leichte Waffen durch geheime Tunnels in die Stadt schmuggeln. Ihre Feinde, die Serben, wollten – wie die Israelis in dem gegenwärtigen Konflikt – diese Tunnels zerstören. Die bosnischen Verteidiger von Sarajevo versuchten mit ihren spärlichen Waffen verzweifelt, die Grabenstellungen rings um ihre Stadt zu halten. Das ist in Gaza ziemlich ähnlich. Nur durch die wieder-

holten NATO-Luftangriffe im Frühjahr 1995 konnte verhindert werden, dass die von den Bosniern verteidigten Gebiete von den vorrückenden Serben überrannt wurden. Die Palästinenser können aber nicht mit einem ähnlichen Eingreifen rechnen.

Die Anzahl der bei dem israelischen Angriff auf Gaza Getöteten ist auf über 650 angestiegen, und etwa 80 Prozent davon sind Zivilisten. Über 4.000 Palästinenser wurden verwundet, und sehr viele davon sind Kinder. (Das sind noch die relativ niedrigen Zahlen vom 23.07.14, viel höhere Zahlen sind einem Artikel von Evelyn Hecht-Galinski zu entnehmen, der unter <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=20630> aufzurufen ist.) Wie hoch muss die Anzahl der getöteten und verwundeten Palästinenser noch steigen, bis sie sich selbst verteidigen dürfen – auf 5.000, 10.000 oder 20.000? Wann ist der Punkt erreicht, ab dem den Palästinensern das elementare Recht zugestanden wird, ihre Familien und ihre Häuser zu schützen?

Art. 51 (der UN-Charta) lässt diese spezifischen Fragen offen, aber der Internationale Gerichtshof (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Gerichtshof) hat sie in dem Verfahren Nicaragua gegen die USA beantwortet (s. <http://www.icj-cij.org/docket/index.php?sum=367&p1=3&p2=3&case=70&p3=5>). Das Gericht hat in diesem Fall befunden, dass ein Staat einen bewaffneten Angriff (eines anderen Staates) erleiden muss, bevor er zur Selbstverteidigung greifen darf. Nach der Definition eines bewaffneten Angriffs, gehört dazu neben dem "Überschreiten einer international anerkannten Grenze durch reguläre Streitkräfte" auch die "Entsendung oder Förderung bewaffneter Banden, Söldner oder irregulärer Kämpfer, die Gewaltakte gegen einen Staat begehen". Das Gericht hat auch festgehalten, dass jeder (angegriffene) Staat erst die Vereinten Nationen um Beistand ersuchen muss, bevor er selbst zur bewaffneten Selbstverteidigung schreiten darf. Nach Art 51 der UN-Charta endet das Recht eines Staates auf Selbstverteidigung, wenn "der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen" getroffen hat.

Das Versäumnis der internationalen Gemeinschaft, (auf Hilferufe) zu reagieren, hat den Palästinensern keine andere Wahl gelassen. Die USA haben seit der Errichtung des Staates Israel im Jahr 1948 durch ihr Veto im UN-Sicherheitsrat mehr als 40 Resolutionen scheitern lassen, mit denen der Drang Israels zur Besetzung palästinensischer Gebiete und zur Gewalt gegen die Palästinenser gezügelt werden sollte. Und Israel hat die wenigen erfolgreichen Resolutionen, mit denen man die Rechte der Palästinenser zu schützen versuchte – wie zum Beispiel mit der Resolution 465 des UN-Sicherheitsrates von 1980 (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Resolution_465_des_UN-Sicherheitsrates) – einfach ignoriert.

In der Resolution 465 (die in Englisch aufzurufen ist unter <http://unispal.un.org/UNISPAL.NSF/0/5AA254A1C8F8B1CB852560E50075D7D5>) wird festgehalten, dass die "Vierte Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 auch auf die arabischen Territorien einschließlich Jerusalems, die Israel seit 1967 besetzt hält, anwendbar ist". In der Resolution wird festgestellt, dass "alle durch Israel ergriffenen Maßnahmen zur Veränderung der physischen und demografischen Zusammensetzung, der Institutionen oder des Status der seit 1967 besetzten palästinensischen und anderen arabischen Territorien einschließlich Jerusalems oder jedes Teils davon keine gesetzliche Gültigkeit haben"; außerdem wird darin erklärt, "dass Israels Politik gegen die Vierte Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten verstößt und dass seine Praxis, Teile seiner Bevölkerung oder neue Einwanderer in diesen Territorien anzusiedeln, ein ernsthaftes Hindernis für das Erreichen eines umfassenden, gerechten und anhaltenden Friedens im Mittleren Osten ist".

Als Besatzungsmacht verstößt Israel ständig gegen den Art. 3 der Vierten Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (deren Text aufzurufen ist unter

<http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19490188/index.html>). Diese Konvention legt die minimalen Standards für den Schutz von Zivilisten in einem Konflikt fest, der nicht international ist.

Artikel 3 (1) lautet:

"Personen, die nicht direkt an den Feindseligkeiten teilnehmen, einschliesslich der Mitglieder der bewaffneten Streitkräfte, welche die Waffen gestreckt haben, und der Personen, die infolge Krankheit, Verwundung, Gefangennahme oder irgendeiner anderen Ursache ausser Kampf gesetzt wurden, sollen unter allen Umständen mit Menschlichkeit behandelt werden, ohne jede Benachteiligung aus Gründen der Rasse, der Farbe, der Religion oder des Glaubens, des Geschlechts, der Geburt oder des Vermögens oder aus irgendeinem ähnlichen Grunde.

Zu diesem Zwecke sind und bleiben in bezug auf die oben erwähnten Personen jederzeit und jedenorts verboten:

- a. Angriffe auf Leib und Leben, namentlich Mord jeglicher Art, Verstümmelung, grausame Behandlung und Folterung;
- b. die Gefangennahme von Geiseln;
- c. Beeinträchtigung der persönlichen Würde, namentlich erniedrigende und entwürdigende Behandlung;
- d. Verurteilungen und Hinrichtungen ohne vorhergehendes Urteil eines ordnungsmässig bestellten Gerichtes, das die von den zivilisierten Völkern als unerlässlich anerkannten Rechtsgarantien bietet."

Der Art.3 (2) lautet:

"Die Verwundeten und Kranken sollen geborgen und gepflegt werden."

(Der Art. 3 (1) und (2) wurden wörtlich zitiert nach <http://www.admin.ch/opc/de/classified-compilation/19490188/index.html>)

Israel hat nicht nur die Bestimmungen des Artikels 3 (der Vierten Genfer Konvention) verletzt, sondern auch alle Kriterien erfüllt, die nach Art 51 (der UN-Charta) einen Aggressorstaat definieren. Das Völkerrecht ist Israel und den USA ziemlich gleichgültig. Die US-Regierung hat das Urteil des Internationalen Gerichtshofs im Verfahren Nicaragua gegen die USA einfach ignoriert, weil sie – wie Israel – dessen Rechtsprechung nicht anerkennt. Es ist auch nicht von Bedeutung, wie viele Palästinenser getötet oder verwundet werden, wie viele palästinensische Häuser zerstört werden, wie schrecklich die Armut in Gaza oder im Westjordanland ist, wie viele Jahre die Blockade Gazas bereits andauert oder wie viele israelische Siedlungen noch auf palästinensischem Territorium gebaut werden, weil Israel unter dem Schutz der USA ungestraft tun und lassen kann, was es will.

Das einstimmige Votum des US-Senats zur Unterstützung der israelischen Angriffe auf Gaza [s. <http://www.informationclearinghouse.info/article39150.htm>], das sklavische Nachplappern der israelischen Propaganda durch die Mainstream-Medien und die ständige Wiederholung pro-israelischer Klischees durch die Obama-Regierung haben die USA zu Komplizen der israelische Kriegsverbrechen gemacht. Mit jährlich 3,1 Milliarden Dollar Militärhilfe für Israel finanzieren und ermöglichen wir diese Verbrechen. Wir sind für das Abschlachten (der Palästinenser) mitverantwortlich. Niemand aus dem US-Establishment, auch nicht unser liberalster Senator Bernie Sanders (Infos zu ihm s. http://de.wikipedia.org/wiki/Bernie_Sanders), wagt es, sich der Israel-Lobby zu widersetzen. Und da wir

uns weigern, selbst zu handeln, um (den Palästinensern) Frieden und Gerechtigkeit zu verschaffen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Palästinenser bewaffneten Widerstand leisten.

Die Palästinenser, werden sich, so lange sie können, nicht auf eine Waffenruhe einlassen, die nicht auch die Aufhebung der israelischen Blockade Gazas einschließt. Sie haben die Hoffnung verloren, dass sich ausländische Regierungen irgendwann doch noch für sie einsetzen werden. Sie wissen, dass ihr Schicksal in ihren eigenen Händen liegt. Mit ihrer Revolte in Gaza wollen sie an die Solidarität der Welt außerhalb ihrer Mauern appellieren. Es ist der Versuch, angesichts schreiender Ungerechtigkeit und unerträglicher Lebensbedingungen die Würde und die Handlungsfähigkeit des palästinensischen Volkes zu bewahren. Den Palästinensern bleibt kaum eine andere Wahl als die ihres Todes. Viele Palästinenser, besonders die jungen Männer, die arbeits- und würdelos in überbelegten Wohnungen hausen, ziehen einen schnellen Tod dem langsamen, demütigenden Tod unter israelischer Besetzung vor.

Ich kann sie dafür nicht verurteilen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Infos über ihn sind aufzurufen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Chris_Hedges . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



The Palestinians' Right to Self-Defense

Posted on Jul 23, 2014

By Chris Hedges

If Israel insists, as the Bosnian Serbs did in Sarajevo, on using the weapons of industrial warfare against a helpless civilian population then that population has an inherent right to self-defense under Article 51 of the United Nations Charter. The international community will have to either act to immediately halt Israeli attacks and lift the blockade of Gaza or acknowledge the right of the Palestinians to use weapons to defend themselves.

No nation, including any in the Muslim world, appears willing to intervene to protect the Palestinians. No world body, including the United Nations, appears willing or able to pressure Israel through sanctions to conform to the norms of international law. And the longer we in the world community fail to act, the worse the spiral of violence will become.

Israel does not have the right to drop 1,000-pound iron fragmentation bombs on Gaza. It does not have the right to pound Gaza with heavy artillery and with shells lobbed from gunboats. It does not have the right to send in mechanized ground units or to target hospitals, schools and mosques, along with Gaza's water and electrical systems. It does not have the right to displace over 100,000 people from their homes. The entire occupation, under which Israel has nearly complete control of the sea, the air and the borders of Gaza, is illegal.

Violence, even when employed in self-defense, is a curse. It empowers the ruthless and punishes the innocent. It leaves in its aftermath horrific emotional and physical scars. But,

as I learned in Sarajevo during the 1990s Bosnian War, when forces bent on your annihilation attack you relentlessly, and when no one comes to your aid, you must aid yourself. When Sarajevo was being hit with 2,000 shells a day and under heavy sniper fire in the summer of 1995 no one among the suffering Bosnians spoke to me about wanting to mount nonviolent resistance. No one among them saw the U.N.-imposed arms embargo against the Bosnian government as rational, given the rain of sniper fire and the 90-millimeter tank rounds and 155-millimeter howitzer shells that were exploding day and night in the city. The Bosnians were reduced, like the Palestinians in Gaza, to smuggling in light weapons through clandestine tunnels. Their enemies, the Serbs—like the Israelis in the current conflict—were constantly trying to blow up tunnels. The Bosnian forces in Sarajevo, with their meager weapons, desperately attempted to hold the trench lines that circled the city. And it is much the same in Gaza. It was only repeated NATO airstrikes in the fall of 1995 that prevented the Bosnian-held areas from being overrun by advancing Serbian forces. The Palestinians cannot count on a similar intervention.

The number of dead in Gaza resulting from the Israeli assault has topped 650, and about 80 percent have been civilians. The number of wounded Palestinians is over 4,000 and a substantial fraction of these victims are children. At what point do the numbers of dead and wounded justify self-defense? 5,000? 10,000? 20,000? At what point do Palestinians have the elemental right to protect their families and their homes?

Article 51 does not answer these specific questions, but the International Court of Justice does in the case of *Nicaragua v. United States*. The court ruled in that case that a state must endure an armed attack before it can resort to self-defense. The definition of an armed attack, in addition to being “action by regular armed forces across an international border,” includes sending or sponsoring armed bands, mercenaries or irregulars that commit acts of force against another state. The court held that any state under attack must first request outside assistance before undertaking armed self-defense. According to U.N. Charter Article 51, a state’s right to self-defense ends when the Security Council meets the terms of the article by “tak[ing] the measures necessary to maintain international peace and security.”

The failure of the international community to respond has left the Palestinians with no choice. The United States, since Israel’s establishment in 1948, has vetoed in the U.N. Security Council more than 40 resolutions that sought to curb Israel’s lust for occupation and violence against the Palestinians. And it has ignored the few successful resolutions aimed at safeguarding Palestinian rights, such as Security Council Resolution 465, passed in 1980.

Resolution 465 stated that the “Fourth Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War of 12 August 1949 is applicable to the Arab territories occupied by Israel since 1967, including Jerusalem.” The resolution went on to warn Israel that “all measures taken by Israel to change the physical character, demographic composition, institutional structure or status of the Palestinian and other Arab territories occupied since 1967, including Jerusalem, or any part thereof, have no legal validity and that Israel’s policy and practices of settling parts of its population and new immigrants in those territories constitute a flagrant violation of the Fourth Geneva Convention relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War and also constitute a serious obstruction to achieving a comprehensive, just and lasting peace in the Middle East.”

Israel, as an occupying power, is in direct violation of Article III of the Geneva Convention Relative to the Protection of Civilian Persons in Time of War. This convention lays out the minimum standards for the protection of civilians in a conflict that is not international in scope. Article 3(1) states that those who take no active role in hostilities must be treated

humanely, without discrimination, regardless of racial, social, religious or economic distinctions. The article prohibits certain acts commonly carried out against noncombatants in regions of armed conflict, including murder, mutilation, cruel treatment and torture. It prohibits the taking of hostages as well as sentences given without adequate due process of law. Article 3(2) mandates care for the sick and wounded.

Israel has not only violated the tenets of Article III but has amply fulfilled the conditions of an aggressor state as defined by Article 51. But for Israel, as for the United States, international law holds little importance. The U.S. ignored the verdict of the international court in *Nicaragua v. United States* and, along with Israel, does not accept the jurisdiction of the tribunal. It does not matter how many Palestinians are killed or wounded, how many Palestinian homes are demolished, how dire the poverty becomes in Gaza or the West Bank, how many years Gaza is under a blockade or how many settlements go up on Palestinian territory. Israel, with our protection, can act with impunity.

The unanimous U.S. Senate vote in support of the Israeli attacks on Gaza, the media's slavish parroting of Israeli propaganda and the Obama administration's mindless repetition of pro-Israeli clichés have turned us into cheerleaders for Israeli war crimes. We fund and abet these crimes with \$3.1 billion a year in military aid to Israel. We are responsible for the slaughter. No one in the establishment, including our most liberal senator, Bernie Sanders, dares defy the Israel lobby. And since we refuse to act to make peace and justice possible we should not wonder why the Palestinians carry out armed resistance.

The Palestinians will reject, as long as possible, any cease-fire that does not include a lifting of the Israeli blockade of Gaza. They have lost hope that foreign governments will save them. They know their fate rests in their own hands. The revolt in Gaza is an act of solidarity with the world outside its walls. It is an attempt to assert in the face of overwhelming odds and barbaric conditions the humanity and agency of the Palestinian people. There is little in life that Palestinians can choose, but they can choose how to die. And many Palestinians, especially young men trapped in overcrowded hovels where they have no work and little dignity, will risk immediate death to defy the slow, humiliating death of occupation.

I cannot blame them.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern